

Flaniermeilen statt Ladenruinen

Wie geht's weiter mit der Bamberger Innenstadt? Schließen weitere Geschäfte? Veröden ganze Straßen? Oder setzen sich jene durch, die anpacken wollen und den Mut zur Veränderung haben? Um in einer schönen Stadt auch wieder gute Geschäfte zu machen, braucht Bamberg City Mut und Visionen.

In den vergangenen Jahren hat die Bamberger Innenstadt oft für eher negative Schlagzeilen gesorgt: Bei den Einzelhändlern war vor allem stetiges und lautes Jammern angesagt: über zu wenige Parkplätze, über die Konkurrenz auf der grünen Wiese, über zu hohe Mieten. Die Königstraße, die Luitpoldstraße und die Kleberstraße boten einen zum Teil wirklich jämmerlichen Anblick: leer stehende Läden und verkommene Gebäudefassaden machten wahrlich keinen einladenden Eindruck.



Kettenbrücke und vordere Hauptwachstraße bald als Fußgängerzone? Unser Fotograf Erich Weiß hat diese Vision schon mal als Fotomontage vorweggenommen.

Pfunde, mit denen sich wuchern lässt...

Dabei bietet gerade die Bamberger Innenstadt Entwicklungspotenziale der ganz besonderen Art: hohe Attraktivität durch ein herausragendes Stadtbild, umrahmt von zwei Flussarmen, die gleichzeitig Grün- und Frischluftzonen darstellen, ein noch relativ guter Branchenmix, viele eigenständige Einzelhandelsgeschäfte, ein zentraler Omnibusbahnhof, der täglich zehntausende Fahrgäste ins Zentrum bringt, zwei große P+R-Anlagen am Stadtrand, zwei Kaufhäuser als Magnetbetriebe, ausreichend Parkhäuser am Rande

(für die, die unbedingt das Auto nehmen wollen) und eine Bevölkerung, der die Innenstadt am Herzen liegt. Das sind doch Pfunde, mit denen sich trefflich wuchern ließe. Auswärtige Investoren haben offensichtlich manchmal ein besseres Auge für diese Potenziale als die Einheimischen: Dass sich H&M und K&L-Ruppert hier ansiedelten und Karstadt/Hertie sein Haus aufwändig sanierte, spricht für die Attraktivität der Bamberger City.

Natürlich gibt es auch Dinge, die zu verbessern sind. Da steht an erster

Stelle der Durchgangs- und der Parksuchverkehr, dann der äußere Zustand mancher (städtischer) Häuser. Und die horrenden Mietforderungen einiger Eigentümer sind sicher nicht besonders handelsfreundlich.

Es geht aufwärts...

Dennoch: Die jüngsten Entwicklungen in unserem Zentrum machen Hoffnung, dass es mit der Innenstadt aufwärts geht. Die Stadtbau GmbH beginnt nach jahrelangem Nichtstun endlich damit, in der Königstraße ihre Häuser herzurichten. Der Einziger der Stadtbücherei hat nicht nur das Deutsche Haus „neu angezogen“, sondern bringt wieder mehr Kundenfrequenz in die Königstraße. Die Händler und Gastronomen haben die Ärmel hochgekrempt und kümmern sich schrittweise selbst um eine Attraktivitätssteigerung der Königstraße. Mit den Bäumen in den Pflanzkübeln ist – auch wenn sich über deren ästhetischen Wert streiten lässt – ein Anfang gemacht. (Auch die GAL hat übrigens einen Kübel plus Baum finanziert, der nun Autoblech durch Baumgrün am Straßenrand ersetzt.) Auf Antrag der GAL hat der Verkehrssenat außerdem beschlossen, auch in der Königstraße Tempo 30 einzuführen. Weitere Schritte werden folgen.

Kettenbrücke ohne Blech?

Der Zahn der Zeit, der an der Kettenbrücke und an der Tiefgarage unter dem Maxplatz nagt, bietet nunmehr die einmalige Chance, die Einkaufsattraktivität der Innenstadt weiter zu erhöhen. Man stelle sich eine Kettenbrücke vor, die – von Blech befreit – nur noch für Fußgänger und Radler geöffnet

ist. Der von Autos bisher beschlagnahmte Platz wird frei für mehr Grün in der Stadt, für Tische, Stühle, Bänke, Spielplätze. Wie schön könnte der Schillerplatz ohne Parkplätze sein oder der Platz am Kranen ohne Durchgangsverkehr!

Keine stinkenden Autoschlängen mehr, die sich vor der Maxplatztiefgarage bis in die Hauptwachstraße zurückstauen. Die Tiefgarage selbst sollte nach der Sanierung nur noch Anwohnern gewidmet und nur noch über die Stangstraße anfahrbar sein. Die jetzt noch oberirdischen Anwohner-Lizenzparkplätze fänden darin genügend Platz. Und oben würde die Stadt endlich aufatmen.

Pulsierende Schlagader Bahnhof – Dom

Auch den Einzelhändlern scheint allmählich bewusst zu werden, dass nicht die Autos einkaufen, sondern die Menschen. Denn als an der Ecke Heinrichsdamm/Hauptwachstraße zwei Modegeschäfte und eine Juweliergeschäft schließen mussten, war erstmals keine Klage über fehlende Parkplätze zu hören. Die Geschäftsinhaber monierten vielmehr zu Recht, dass die Fußgängerfrequenz in diesem Bereich nachgelassen habe. Der Lösungsvorschlag für dieses Problem liegt seit langem auf dem Tisch: ein verkehrsberuhigter Geschäftsbereich vom Bahnhof bis zum Dom, mit einer wieder attraktiven Königstraße, die von einer autofreien Kettenbrücke mit der Fußgängerzone verbunden ist. So könnte die pulsierende Schlagader für eine lebendige Innenstadt aussehen, in der Handel und Wandel blühen. Notwendig dafür: lediglich ein bisschen Phantasie bei allen Beteiligten und vor allem der Mut zur Veränderung.

I N H A L T

Gibt's was zu vertuschen?

Über Gerüchte und mögliche Unregelmäßigkeiten bei der Kommunalwahl 2002 in Bamberg - die GAL wollte recherchieren und wurde im Rathaus abgeblockt

Seite 3

Wanderin zwischen den Welten

Über einen Besuch im Wahlkreis-Büro der neuen Bamberger MdB Ursula Sowa

Seite 4

Durchblick nach Berlin

Ursula Sowa über den Irak-Konflikt und seine Allgegenwärtigkeit bei der bündnisgrünen Bundestagsfraktion

Seite 4

Klein, aber aktiv!

Mehr über Grüne Jugend GJ und Grüne Hochschulgruppe GHG auf der grünen Jugend-Seite

Seite 5

Das „Bamberg“ hinter dem Nato-Zaun

Über die US-Army in Bamberg, eine Stadt in der Stadt und den merkwürdigen Blüten treibenden Mangel an Berührungspunkten diesseits und jenseits des Stacheldrahts

Seite 6

Kann es einen Königsweg geben?

Über den Streit um die Ladenöffnungszeiten, der auf starren Fronten beharrt, obwohl es doch praktikable Lösungsmöglichkeiten gäbe

Seite 7

gazeuse

Klinikum im Visier von Terroristen? Freche Lügen im Rathaus

Seite 8

Wettbewerb

Das älteste Schulbuch Bambergs

Für die Bedürfnisse von Schulen hat die Stadtratsmehrheit lange nicht ein so offenes Ohr wie etwa für Straßenbauwünsche. Unterrichtsmaterialien sind deshalb oft veraltet, zerfleddert und unzeitgemäß.

Die GAL schreibt jetzt einen Wettbewerb aus, um auf diese Situation aufmerksam zu machen.

Wer bringt uns das älteste Schulbuch (Erscheinungstermin), das im Schuljahr 2002/2003 nachweislich im Unterricht an einer Bamberger Schule verwendet wird?

Bitte im Büro der GAL-Stadtratsfraktion vorbeibringen: Grüner Markt 7, 2. Stock, links.

(Bürozeiten i.d.R. Di-Fr 10-13 Uhr und nach Vereinbarung, Tel. 23777)

Der/die Gewinner/in erhält einen Gutschein für ein brauchbares und neues Buch im Wert von 25 Euro.

Ist der Haushalt ruiniert, lebt man völlig ungeniert?

Stadtratsmehrheit stürzt Bamberg in dramatische Verschuldung – Stadteigene Unternehmen müssen bluten

Steigende Ausgaben bei Stadtbücherei, Theater und Symphonikern, wegbrechende Einnahmen v.a. bei der Gewerbesteuer: Die Stadt ist pleite! Die laufenden Einnahmen decken nicht die laufenden Ausgaben, die Rücklagen sind beinahe aufgezehrt und eigenes Geld für neue Investitionen ist schon gleich gar keins da! Doch die Stadtratsmehrheit ist gegen solche Einsichten resistent.

Anstatt Einsparpotenziale im laufenden Haushalt zu erschließen (die GAL hat eine Vielzahl von Vorschlägen gemacht) und sich bei Neubauprojekten zurückzuhalten, setzen die Rätinnen und Räte von CSU, SPD und ÜBG durch zusätzliche Anträge noch einige Millionen auf den steigenden Schuldenberg drauf. Unter dem Motto „Nach uns die Sintflut“ beschlossen sie während der Haushaltsberatungen im Dezember munter neue Projekte und erhöhten damit dramatisch die Schuldenlast für die kommenden Generationen.

Hauptursache für das finanzpolitische Kamikazeverhalten der schwarz-rot-grünlichen Stadtratsmehrheit ist vor allem der Ausbau der Kronacher Straße (Kosten für die Stadt: 2,2 Millionen in 2003/2004). Das Stadtplanungsamt schätzt den Entlastungseffekt für die Memmendorfer Straße zwar ohnehin als äußerst gering ein. Doch selbst wenn man verkehrspolitische

Erwägungen außer Acht lässt, müsste bei einem Blick auf die städtischen Finanzen klar sein: Dafür ist kein Geld da!

Aber: CSU und SPD haben im Wahlkampf vollmundige Versprechungen gemacht. Und um ihr Image zu retten, muss nun gezahlt werden: von den Bürgerinnen und Bürgern und in Zukunft von unseren Kindern. Schaut man sich die Finanzgebaren der Stadtratsmehrheit genauer an, kommt einem das kalte Grausen:

Kaltes Grausen: Stadtbau GmbH

Die Stadtbau GmbH, die Darlehen bei der Stadt laufen hat, wird zu Sondertilgungen in Höhe von jährlich 400.000 Euro genötigt. Und das obwohl das stadteigene Wohnungsbaunternehmen flüssiges Geld bitter nötig hätte, vor allem um die großen und wichtigen Sanierungsmaßnahmen in Bam-

berg-Mitte finanzieren zu können. Folge: Die Stadtbau GmbH muss anderweitig neue Kredite aufnehmen, und büßt ein Stück ihrer betrieblichen Gesundheit ein.

Kaltes Grausen: Stadtwerke

Noch bei seiner Haushaltsrede versicherte der CSU-Fraktions Sprecher Peter Neller, dass nur im Jahr 2003 und nur ausnahmsweise die Gewinne der Stadtwerke in den städtischen Haushalt abgezogen werden. Doch bei genauerer Untersuchung des Finanzplans für die nächsten Jahre stellt sich heraus (und wird von Kämmerer Faust auch so bestätigt), dass das keineswegs ausreicht.

Mindestens noch 2004 und 2005 werden die Stadtwerke jährlich um 2,2 Millionen Euro bluten, damit die Mehrheitsfraktionen genug kriegen. Dass den Stadtwerken damit kaum eigenes Geld mehr für betriebsinterne Investitionen bleibt, ist dann eben Pech.

Kaltes Grausen: EBB

Aus dem Entsorgungs- und Baubetrieb fließen jährlich größere Summen in den Stadthaushalt, als Tilgung von Schulden,

die der EBB als Eigenbetrieb bei seiner Gründung von der Stadt übernommen hat. Bisher war es Usus, dass die Stadt diese Einnahmen sofort zur Tilgung eigener Schulden verwendet. Jetzt nicht mehr. Von 2003 bis 2005 werden die Gelder einfach ausgegeben – allein das erhält der Stadt einen stattlichen Schuldenhaufen von 7,8 Millionen Euro für die nächste Zukunft.

Kaltes Grausen: Vermögensbestand

Das als äußerster Notgroschen gedachte städtische Wertpapiervermögen in der Höhe von 13,6 Millionen Euro schrumpft in den kommenden drei Jahren um 5,2 Millionen Euro. Und die städtischen Rücklagen von 6,3 Millionen Euro werden um die Hälfte geplündert, so dass auch

hier die Reserven für Notfälle schrumpfen.

Kaltes Grausen: Neue Schulden

Mit all dem nicht genug: Zusätzlich nimmt die Stadt auch noch neue Kredite auf. Im Jahr 2003 wird der Bamberger Schuldenberg um zusätzliche 10 Millionen Euro ansteigen.

SCHRÄGBLICK



Demonstration gegen den möglichen Irak-Krieg im Januar 2003 in Bamberg Foto: Erich Weiß

RATHAUSMA 99Z IN

Kultur-Peanuts

„Der empfohlene Beschlussvorschlag verursacht Kosten in Höhe bis zu 16,50 €.“ Das war in einer Sitzungsunterlage des Senates für Bildung, Kultur und Sport im Juli zu lesen. Nein, kein Tippfehler: tatsächlich „16,50 €“!

Studierende der Bamberger Universität hatten eine interkulturelle Amateur-Theatergruppe gegründet und baten nun die Stadt, das Kostendefizit für eine einmalige Aufführung zu übernehmen – und das war nun mal so bescheiden.

Dennoch: bürokratische Mühlen mahlen gnadenlos. Die Theatergruppe musste sicherlich ebenso einen schriftlichen Antrag mit Kostennachweis stellen, wie die Mitglieder des Kultursenats mit einem eigenen Tagesordnungspunkt plus einseitigem Sitzungsvortrag beglückt wurden und hochformell bei der Abstimmung ihr Hände heben durften.

Es wurde bei dieser Gelegenheit allerdings weitblickenderweise vereinbart, dass das Kulturreferat Zuschussanträge in diesen Peanuts-Ausmaßen künftig ohne Behandlung im Senat genehmigen kann.

Achja, die Bamberger Kleinkunstszene bekam die 16,50 € übrigens bewilligt

– Ehrensache...

Frisierte Agenda-Bilanz

Im Juni 2002 kam Bamberg zusammen mit sieben weiteren Kommunen auf den dritten Platz beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“, den die Deutsche Umwelthilfe unter der Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministers ausgeschrieben hatte. Ein durchaus beachtliches Ergebnis, bei immerhin 52 Konkurrenz-Städten in der Kategorie zwischen 10.000 und 80.000 Einwohnenden. Maßgeblich war dabei auch die Bewertung des Bamberger Agenda-Prozesses, weil dessen „entwickelte Projekte nach Möglichkeit sofort umgesetzt werden“ – so jedenfalls wörtlich die Jury.

Besonders kritisch scheint die Jury das aber nicht hinterfragt zu haben, denn die von der Stadt Bamberg vorgelegte Agenda-Bilanz wirkt einigermaßen frisiert. Von 81 im Stadtrat gefassten Agenda-Beschlüssen sind laut Umweltreferat 58 „umgesetzt“, 23 stehen noch aus. Doch was heißt „umgesetzt“?

Da wird in einer Sitzung des Umweltsenats zum Beispiel angeregt, eine Zukunftswerkstatt in Gaustadt durchzuführen. Der Senat nimmt von dieser Anregung Kenntnis = erster umgesetzter Beschluss. Er beauftragt die Verwaltung, in

Gaustadt eine Zukunftswerkstatt abzuhalten, was diese auch tut = zweiter umgesetzter Beschluss. Darüber erstattet die Verwaltung wiederum Bericht = dritter umgesetzter Beschluss. Dass bisher noch kein einziger während der Zukunftswerkstatt erarbeiteter Vorschlag realisiert ist – für die Bilanz unwichtig.

Ein weiteres Agenda-Projekt war die Idee, am P&R-Platz Heinrichsdamm verschließbare Fahrradstellplätze einzurichten, um auch „Park & Bike“ zu ermöglichen. Die Stadtwerke sahen sich wirtschaftlich nicht dazu in der Lage und lehnten ab. Jedoch: die offizielle Beschlusslage im Umweltse-nat lautete: Vom Verwaltungsbericht und der (negativen!) Stellungnahme der Stadtwerke wurde Kenntnis genommen. Bilanz also: Nichts verwirklicht, aber zwei umgesetzte Beschlüsse.

Und sogar der im September 1999 dem Umweltsenat vorgelegte Zwischenbericht zur Lokalen Agenda, der einfach nur einen Überblick auflistet, zählt als ein umgesetzter Beschluss, denn auch er wurde ja bilanzrelevant zu Kenntnis genommen.

Zukunftsfähig scheint da nur die Kompetenz der Verwaltung, ihren BürgerInnen etwas vorzugaukeln...

Raffinierte Finanztaktik

Manchmal ist Demokratie auch ein bisschen schizophoren. Da stellte die Leiterin des Historischen Museums, Regina Hanemann, im Juli 2002 einen Antrag auf mehr Geld, um im darauffolgenden Jahr eine Ausstellung zum Thema „200 Jahre Säkularisation“ finanzieren zu können. Dafür hatte sie schon einige Sponsoren gewonnen und wollte nun von der Stadt noch einen weiteren Zuschuss von 70.000 Euro. Die Mitglieder des Kultursenats lobten zwar die Idee, unterstützten auch den Finanzantrag, machten aber die Museumsdirektorin sogleich darauf aufmerksam, dass dieser Posten angesichts der knappen städtischen Mittel bei den Haushaltsberatungen unter den Tisch fallen könnte.

Das störte Frau Hanemann aber offensichtlich nicht, denn ihren Aussagen zufolge arbeitete man zu diesem Zeitpunkt bereits an der Ausstellung. Im Dezember entschied der Stadtrat dann tatsächlich, dass für das Säkularisationsprojekt keine zusätzlichen Mittel bereit gestellt werden.

Aber: die Ausstellung findet trotzdem statt, von September bis November, und augenscheinlich reichen die im Museumsetat vorhandenen Mittel

nun doch dafür aus. Was war das also für ein Unterfangen im Stadtrat? Taktische Finanzplanung einer gewitzten Museumsdirektorin – Motto: „Man kann's ja mal probieren“?

Jedenfalls dürfen sich die Bamberger StadträtInnen wieder mal über die Tragweite ihrer Entscheidungen wundern.

Abstimmung nach dem Zufallsprinzip?

Wenn man einen Preis für politische Kapriolen vergeben wollte, wäre die ÜBG-Stadtratsfraktion dafür die allererste Anwärterin. Beispiel: kommunale Geschwindigkeitsüberwachung.

Jahrelang sprach sich die ÜBG strikt gegen den (zuerst von der GAL gemachten) Vorschlag aus, dass in Bamberg nicht mehr die Polizei, sondern städtische Bedienstete die Kontrolle von Geschwindigkeitsbegrenzungen übernehmen sollten. Plötzlich, im Februar 2001, kam dann von Fraktionschef Dieter Weinsheimer höchstpersönlich ein Antrag genau in dieser Richtung. Doch als das Ganze entscheidungsreif war, nämlich im November 2001, hatte es sich die ÜBG schon wieder ein bisschen anders überlegt und fasste zusammen mit der CSU den Beschluss, dass die Stadtverwaltung erst

mal die Vorbereitungen treffen solle und man sich danach endgültig entscheide.

Damit war wiederum die Stadtverwaltung verständlicherweise unzufrieden. Nach den Kommunalwahlen forderte sie deshalb im November 2002 den Stadtrat auf, sich endlich grundsätzlich für oder gegen die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung zu entscheiden, weil sonst die arbeitsaufwändigen Vorbereitungen für die Katz wären. Und nun stimmte die ÜBG (zwei „altgediente“ und ein neuer Stadtrat) wieder stramm dagegen.

Die 99Z empfiehlt: ein O statt dem Ü – Orientierungslose Bürger-Gemeinschaft.

Sprüche ausm Rathaus:

OB Herbert Lauer: „Ich glaube diesen Investoren kein Wort mehr – ich glaube keinem Menschen was.“

Stadtrat Wolfgang Budde (GAL) bei einer Fraktions-sitzung: „Der Kämmerer frisst ohnehin jeden Morgen eine soziale Einrichtung zum Frühstück.“

Stadtrat Alfred Fenn (SPD): im Finanz- und Wirtschaftssenat, als es um die künftige Aufsicht in der St. Michaels-Kirche ging: „Die Schwestern da oben, die waren doch schon so lüdschäftig – die hätten eh nichts mehr beschützen können.“

Gibt's was zu vertuschen?

Die GAL wollte nachforschen, ob es Unregelmäßigkeiten bei der letzten Kommunalwahl gab – und löste im Rathaus überraschende Aufregung und massive Abwehr aus

In Gang gebracht wurde die Sache durch den Anruf eines Bürgers bei der GAL-Stadtratsfraktion. Der Bürger beschwerte sich darüber, dass seine 90-jährige Mutter, Kunigunde S.*, von einer Stadtratskandidatin bei der Kommunalwahl im März 2002 mehr oder weniger beeinflusst worden sei. Konkret stellte er den „Fall“ so dar: Kunigunde S., eine rüstige, geistig rege und selbständig lebende Rentnerin, war mit der besagten Kandidatin schon durch deren berufliche Tätigkeit bekannt. Die Stadtratsbewerberin bot ihr dann an, beim Wahlamt ihre Briefwahlunterlagen zu holen und ließ sich von der alten Dame die dazu nötige Vollmacht ausstellen. Bei der Gelegenheit versorgte sie auch gleich die Wohnungsnachbarin mit deren Wahlunterlagen. „Gemeinsam“, so vermutete der Beschwerdeführende Sohn, füllten die Beteiligten den Stimmzettel aus und die zuvorkommende Stadtratskandidatin konnte alles ordnungsgemäß ins Rathaus zurückbringen. Natürlich war Kundigunde S. von so viel Freundlichkeit herzlich angetan und gab dieser sympathischen Kandidatin und ihrer Partei ihre Stimmen, was denn sonst?

Ob das denn mit rechten Dingen zugehe, fragte der verärgerte Sohn.

Wahl in Dachau für ungültig erklärt

Dass KandidatInnen beim Ausfüllen der Stimmzettel Einfluss nehmen, verstößt gegen den Grundsatz der geheimen und freien Wahl. So geschehen bei den Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen in der Stadt Dachau im März 2002. Das zuständige Landratsamt erklärte die Wahl für ungültig. In der Begründung hieß es: „Wahlwerber haben bei den Wählern Hausbesuche gemacht, um si-



Wie viele Hände mischen eigentlich mit, wenn Briefwahlunterlagen ausgefüllt werden?

Foto: Erich Weiß

cher zu gehen, dass diese an der Briefwahl teilnehmen und in ihrem Sinne abstimmen. Sie waren bei der Stimmabgabe anwesend und haben dabei sogar zugeesehen.“ Dies habe überdies in großem Umfang stattgefunden und sei Teil einer Gesamttaktion gewesen.

Ob eine solche Sachlage auch für Bamberg zutrifft, ist unklar, lässt sich wohl jetzt auch nicht mehr beweisen. Zumal im oben geschilderten Fall die erfolgreich umgarnte Wählerin eine Einflussnahme strikt ablehnen würde.

Bleibt der Umstand, dass eine Stadtratskandidatin sich Vollmacht für das Überbringen der Briefwahlunterlagen geben ließ. Dazu kommen noch allgemeine Gerüchte, dass KandidatInnen vor allem in Altersheimen unterwegs sind. Und auch rathau-

sintern wird davon geredet, dass einige BewerberInnen im Wahlamt schon bekannt seien, weil sie auffallend häufig Überbringerdienste für weniger mobile WählerInnen übernehmen.

Gesetzeslücke in Bayern

Darüber kann man sich moralisch empören, laut Bayerischem Wahlgesetz ist es dennoch zulässig – allerdings nur bei Kommunalwahlen. Bei Wahlen zu Bundestag, Landtag oder Bezirkstag ist eine solche Handhabe nicht gestattet. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bemüht sich seit Jahren um eine Gesetzesänderung, scheiterte aber bisher immer.

Die GAL wollte sich damit jedoch nicht zufrieden geben. Wir baten das städtische Wahl-

amt um eine Einsichtnahme in die Wahlunterlagen zur Kommunalwahl, um festzustellen, ob sich bei den Bevollmächtigten bestimmte Namen in eklatanter Weise häufen. Damit haben wir wohl in ein Wespennest gestochen.

Zunächst wurde das Ansinnen abgelehnt mit der Begründung, die Zwei-Wochen-Frist für eine Wahlanfechtung sei verstrichen. Als wir darauf beharrten und erklärten, dass es nicht um eine Anfechtung, sondern nur um Einsichtnahme und Recherche gehe, wurde man im Rathaus offenbar unruhig. Der Antrag kam auf den Tisch des Oberbürgermeisters und wurde erneut abgelehnt. Bei einem unerfreulichen Anruf warf der Amtsleiter der GAL „Unverschämtheit“ vor, sowie das Verursachen unnötiger Kosten in

Höhe von 500 Euro allein schon aufgrund der Bearbeitung dieser Anfrage, und er wies den Vorwurf weit von sich, dass „massenweise“ Unterlagen an Kandidaten herausgegeben würden: „Diese Praxis haben wir schon lange abgestellt.“ Bis heute wurde der GAL keine Rechtsgrundlage für die verweigerte Einsichtnahme genannt.

Bamberger Rathaus in der Defensive?

Bleibt zu fragen, warum unser Anliegen im Rathaus solche Aufregung verursacht hat. Selbst wenn das Wahlamt eine größere Anzahl von Wahlunterlagen an einzelne Bevollmächtigte ausgehändigt hat, ist den Mitarbeitern daraus kein rechtlicher Vorwurf zu machen. Denn bei vorgelegter Vollmacht müs-

sen sie die Unterlagen ja herausgeben. Insofern hätte das Wahlamt von der GAL also nichts zu befürchten.

Wenn man im Rathaus aber solche Wahlwerbungs-Praktiken ebenfalls mit Argwohn sieht und ihnen, wie der Amtsleiter sagte, sogar Einhalt gebietet, müsste man für eine dahingehende Unterstützung von politischer Seite ja eigentlich dankbar sein.

Die GAL berät derzeit, wie sie angesichts der Sachlage nun weiter vorgeht und ist für weitere Hinweise aus der Bevölkerung dankbar. Wir berichten in der nächsten 99Z.

*persönliche Daten von der Redaktion geändert

Grüne: Dachau darf nicht folgenlos bleiben

Nach der ersten Urteilsverkündung im Dachauer Wahlskandal stellte die kommunalpolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, Susanna Tausendfreund, einen Antrag auf ausführliche Berichterstattung der bayerischen Staatsregierung: Sie will Aufklärung über alle Fälle bei den Kommunalwahlen vom 3. und 17. März 2002, in denen Wahlergebnisse aufgrund von verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen berichtigt oder für ungültig erklärt wurden, sowie über den Stand noch laufender Verfahren. Die Grünen wollen auf dieser Grundlage eine Gesetzesentwurf vorlegen, der Manipulationsmöglichkeiten bei der Briefwahl weitestmöglich ausschließt.

Dachauer Wahlskandal: Massenweise Manipulation

Ende Januar verurteilte das Landgericht München den ehemaligen CSU-Stadtrat Wolfgang Aechtner zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung und einer Geldbuße von 125.000 Euro; zudem verliert er für vier Jahre sein aktives Wahlrecht und darf fünf Jahre lang kein öffentliches Amt mehr ausüben. Er hatte bei den Kommunalwahlen 2002 im vergangenen März in Dachau 466 Stimmzettel zu Gunsten der CSU manipuliert und außerdem für 75 Wahlberechtigte mit deren Einverständnis die Stimmzettel ausgefüllt. Anhängig ist noch ein Verfahren gegen einen weiteren Dachauer CSU-Stadtrat.

Ungeklärt bleibt wahrscheinlich der Hintergrund von 200 gefälschten Wahlzetteln, die keinem Täter eindeutig zugeordnet werden konnten – die Ermittlungen wurden aber inzwischen eingestellt. Und ebenso dürfte das Verschwinden von rund 3500 Wahlscheinen aus dem Dachauer Rathaus nicht mehr aufgeklärt werden.

Bei dem Wahlfälschungsskandal, der als einer der größten in der Geschichte der Bundesrepublik gilt, war außerdem herausgekommen, dass schon seit 1984 in der Stadt Wahlen manipuliert worden waren. Stadtrat und Kreistag wurden inzwischen im September nachgewählt – mit geringen Verlusten für die CSU. (Quelle: SZ, taz)

Mehr über die GAL Bamberg



- finden Sie auf unserer Homepage www.gal.bamberg.de – aktuelle Infos zur Kommunalpolitik, zu Veranstaltungen und zu den Grünen in Bamberg, Bayern und im Bund
- erfahren Sie durch den monatlichen kostenlosen GAL-Rundbrief per e-mail oder per Post – wenden Sie sich an das grüne Kreisbüro, Austr. 14, Tel./Fax 22280, kreisverband@gal.bamberg.de

Gut zum Fuß - gut zur Umwelt!

SCHUH-LECHNER
... natürlich bequem!

Bei uns erhalten Sie

Bundgaard (jetzt bis Gr. 41) + Va Bene + Think + Ganter + Loint's + Wesenjak + Hartjes + Highlander + trippen u.v.m.



BA - JOSEPHSTR. 9 (Nähe Luitpoldstr.)
Mo - Fr 9.30 - 18.30 h Sa 9.30 - 14 (16) h Tel 0951/201266
Bus 5 min Luitpold-Eck Bahnhof 5 min P im Hof

Die Bamberger
Bundestagsabgeordnete
im Internet:
www.ursula-sowa.de

Kurt Meier Umzüge
Gabelsberger Str. 2 · 96050 Bamberg
Tel. 09 51 / 20 22 76
Nah- & Fernumzüge
Entrümpelungen · Kleintransporte

Wanderin zwischen den Welten

Seit sie im September 2002 überraschend für Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag einzog, pendelt Ursula Sowa zwischen Bamberg und Berlin hin und her. Die 99Z hat die neue Bundestagsabgeordnete in ihrem Bamberger Wahlkreisbüro besucht, ein bisschen in ihrem Terminkalender gestöbert und ihr lächelnd-distanziertes Fazit mitgenommen: „Der Bundestag ist schon eine anregende Sache.“

In der einen Ablage liegen „aktuelle Gesetzesvorlagen“, der daneben stehende Ordner sammelt laut Aufschrift Anfragen von „Berlin-Besuchern“. Zwischen den vielen Papierstapeln, Briefsammlungen und Drucksachen befindet sich ein Buch mit dem Titel „Die Stadt im Quadrat“ und auf einem Schreibblock im Bundestags-Design sind handschriftlich „Joschka-Notizen“ vermerkt. Auf den ersten Blick ergründet sich dem Besucher die höhere Ordnung dieses Wahlkreisbüros in der Wildensorger Straße 7 nicht, aber Ursula Sowa gibt sich glaubwürdig als souveräne Büroherrin.

Fax-Fluten und Mail-Massen

Entspannt am kleinen Teetischchen sitzend berichtet sie von ihrem unerwarteten Start in die große Bundespolitik, aber auch von weniger glamourösen Begleiterscheinungen wie etwa den nicht enden wollenden

Die Bamberger Bundestagsabgeordnete im Internet:

www.ursula-sowa.de

Komplikationen bei der Technikausstattung des Wahlkreisbüros. „Als unsere Kommunikationsanlage endlich funktionierte, waren bereits 400 Mails aufgelaufen, die alle bearbeitet werden mussten“, erinnert sich Sowa. Ganz zu schweigen von den unzähligen Zuschriften allein von ApothekerInnen und ZahntechnikerInnen, denen

die Faxrollen gleich reihenweise zum Opfer fielen. Die hat sie allerdings nicht alle selbst beantwortet. „Zum Glück haben wir für solche Fälle eine Fraktionsgeschäftsstelle in Berlin, die das gebündelt erledigen kann.“ Dabei hat Ursula Sowa durchaus Verständnis für Kritik von Seiten der Lobby-Verbände: „Oft ließe sich im Vorfeld Vieles klären und Missverständnisse vermeiden. Da müssten die Ministerien mal von ihrem hohen Ross herunter kommen.“

Ansonsten bemüht sich Ursula Sowa mit ihren Mitarbeiterinnen im Wahlkreisbüro, für Anregungen und Anfragen aus der Bürgerschaft ein offenes Ohr zu haben. Sie hat einem Förster, der sich über geplante Fördermaßnahmen im Bereich erneuerbare Energie und Holzheizungen informieren wollte, ebenso weiter geholfen wie sie sich von einem Pfarrer hat erklären lassen, dass die seelsorgerische Betreuung der deutschen Binnenschiffer zu wünschen übrig lässt. In solchen Fällen legt sie sich zumindest einen Aktenvorgang an – vergessen werden soll nichts. „Ich komme mit vielen verschiedenen Menschen, Ideen und

Problemen in Kontakt und hoffe, dass ich wenigstens ab und zu etwas voran bringen kann.“

„Halbiert“ zwischen Bamberg und Berlin

Mit Bürgermeistern und Landräten in Coburg, Neustadt und Kronach hat sie sich zu Arbeitsgesprächen getroffen, aber

auch mit Vertretern von Arbeitsloseninitiativen und Behindertenwerkstätten, unterstützte bei einer Pressekonferenz die Ziele des Vereins Besseres Bahnkonzept und war Gast bei der Einweihung eines Fußgängersteigs in Forchheim. Der Terminkalender kann ganz schön voll werden, zumal sie jetzt „halbiert“ ist, wie sie es formuliert, und die hervorragende Zugverbindung zwischen Bamberg und Berlin sehr zu schätzen weiß.

„Aber der Kontakt zum Wahlkreis ist mir sehr wichtig“, meint Ursula Sowa, und er beeinflusst auch ihre Politik – „im positiven Sinne“ – davon ist sie überzeugt. Beispiel: geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Blumen von 7% auf 16%. Wenn es Fachkompetenz in Sachen Gärtnerei gibt, dann in Bamberg. Also hat sich Ursula Sowa vor Ort informiert und im Gespräch mit Gärtnern die negativen Auswirkungen einer solchen Regelung kennen gelernt: Insbesondere aufgrund der EU-Konkurrenz wären die hiesigen Hersteller sehr benachteiligt. Zusammen mit anderen KollegInnen aus der Fraktion unterstützt sie jetzt eine Initiative von grünen



Ursula Sowa in ihrem Bamberger Regionalbüro

Foto: Dietlinde Schunk-Assenmacher

Abgeordneten, die eine geplante Blumen-Mehrwertsteuererhöhung stoppen wollen.

Zapfendorf auf dem Schreibtisch

Auch in ihrer Rolle als Mitglied des Petitionsausschusses ist sie kurioserweise schon mit der Region Bamberg konfron-

tiert: Für eine Petition in Sachen der Recycling-Anlage in Zapfendorf fungiert sie als Berichterstatterin, d.h. als zuständige Bearbeiterin des Falls.

Demnächst möchte sie sich nachhaltig um die Situation von Gefängnisinsassen kümmern: „Es handelt sich immerhin um rund 80.000 Menschen in Deutschland, deren Rechte massiv beschnitten sind, die in oft nicht akzeptablen Unterkünften leben müssen und von denen kaum jemand Notiz nimmt.“ Das will sie greifbar erfahren,

Gefängnisse besuchen, mit Gefangenen sprechen, mit deren Angehörigen, mit Betreuerorganisationen und Seelsorgern – und auf die Lebenssituation dieser Menschen und ihrer Familien aufmerksam machen.

Höhenflüge und Elfenbeintürme können sie nicht besonders reizen, die Bamberger Bundestagsabgeordnete, sie will am Boden bleiben, dort wo das „normale Leben“ stattfindet. Unter einer Berliner Käseglocke jedenfalls wird man Ursula Sowa nicht antreffen können.

Hamburger Erklärung

Die gemeinsame Erklärung von Grünen und Sozialdemokraten vom 8. Januar 2003 fordert die USA dazu auf, sich an das UN-Verbot eines Angriffskrieges zu halten. Die UN-Resolution 1441 ermächtigt nach Meinung der Unterzeichnenden nicht zu Kampfeinsätzen im Irak. Sie erwarten von der deutschen Bundesregierung, dass sie im Sicherheitsrat gegen eine mögliche Kriegsermächtigung stimmt und für diese Haltung auch bei anderen Sicherheitsratsmitgliedern wirbt. Mehr unter www.gruene-linke.de.

KAUFRAUSCH
DER BESONDERE SCHMUCK
INT. KUNSTGEGENSTÄNDE

*Trauringe aus Edelmetall
mit 18 ct Gold*

Austraße 27 • 96047 Bamberg
Tel. 0951/2 38 07

NAH- UND ••• FERN

UMZÜGE
PETER SCHIELE

Auslandstransporte
Möbel- und Küchenmontage
Möbellagerung • Außenanflug

96052 Gundelsheimer Str. 100
☎ (09 51) 6 93 39 FAX 0 73 40

>>>> DURCHBLICK NACH BERLIN >>>>

Frieden nur ohne Gesichtsverlust

Die Irak-Krise beschäftigt die grüne Bundestagsfraktion nahezu in jeder Fraktionssitzung. An allen Sitzungen nehmen Außenminister Joschka Fischer und Staatssekretärin Kerstin Müller teil, die nach meiner Einschätzung die Frage, welche Rolle Deutschland in der Irak-Krise einnimmt, mit einer offensichtlichen, persönlichen Betroffenheit behandeln. Joschka Fischer ringt und wirbt um Verständnis, wenn er wegen seiner ausweichenden Antworten auf Fragen zur Stellungnahme Deutschlands im Sicherheitsrat angesprochen wird. In der Fraktion wird selbstverständlich „Klar-

text“ gesprochen und gefragt. Nicht nur Christian Ströbele und Winnie Herrmann stellen die oberkritischen Fragen, auch wir neuen Abgeordneten tragen unseren Teil bei. Über Weihnachten hatten wir in der sitzungsfreien Zeit stets den heißen Draht zum Büro von Winfried Nachtwei, dem sicherheitspolitischen Sprecher unserer Fraktion. Diese Mails dienen der internen Unter- richtung, sprich, sie sollten vertraulich behandelt werden. Ich habe auf diesem Wege erfahren, welche aktuellen Meldungen in den USA, im Irak, in Großbritannien, in der Türkei lanciert wurden. Über die Nachricht, amerikanische und britische Kampfflugzeuge hätten nach Irak-Angaben am 5. Januar zivile Einrichtungen im Süden des Landes angegriffen, Opfer habe es keine gegeben, bin ich persönlich am meisten erschrocken. Dies

war mit ein Auslöser, dass ich am 8. Januar die so genannte Hamburger Erklärung unterzeichnete (siehe Kasten oben). Für mich ist ganz klar: Der drohende Kriegseinsatz im Irak ist das falsche Mittel und es gilt, diese Meinung deutlich und entschieden zu äußern. Ich hoffe und vertraue hier insbesondere Joschka Fischer, dass ganz Europa an einem Strang ziehen wird. Die Haltung Großbritanniens sollten sämtliche Europäer hinterfragen. Das deutsch-französische Treffen in Versailles hat deutlich gemacht, dass zumindest Deutschland und Frankreich sich in dieser Frage einig sind. Aus meiner Sicht ist es in der Tat das Verdienst Joschka Fischers, die Position Deutschlands, nämlich eine Nichtbeteiligung am Irak-Einsatz, deutlich formuliert zu haben und diesem Standpunkt auch mit

allen Kräften Nachdruck zu verleihen. Unser aller Verdienst wird es sein, einen politischen Weg zu finden, der den Amerikanern den Rückzug von ihrem barbarischen Ansinnen ohne Gesichtsverlust ermöglicht. Wir alle wissen: Ein Krieg über Wochen und Monate würde die ganze Region destabilisieren, dem antiwestlichen Terrorismus Auftrieb geben und die Gefahrenlage nur verschlimmern. In diesem Sinne bitte ich alle Bürger und Bürgerinnen unseres Landes um tatkräftige Unterstützung, diesen Krieg zu verhindern und einen politischen Umgangston zu finden, der es auch Kriegsbefürwortern ermöglicht – und das wiederhole ich gerne – ohne Gesichtsverlust davon ablassen zu können.

Ursula Sowa (MdB)

LAVAZZA *Café Cadore* **LAVAZZA**

Café • Bar • Snacks

für Cocktail-Liebhaber
Obstmarkt 4, Bamberg, Tel. 0951/20 86 028

Cocktailabend (jeden Di)
Cocktail-Specials für 3,- EUR

Große Auswahl an Kaffeevariationen
vom Espresso bis zum Hochland-Kaffee

Frühstück Cadore mit Kaffee ohne Ende

**Vielseitige Snacks
für den kleinen Hunger**

Mo-Do ab 22 Uhr
GUTSCHEIN
für 1 Cocktail
der Woche

Radeberger
PILSENER

Sture Burschen mit Exklusivitäts-Anspruch

Studentische Verbindungen sind im besten Falle altmodisch und konservativ, im schlimmsten ausgrenzend und rechtsextrem. Den Anschluss an die moderne Gesellschaft müssen sie erst finden.

Es begab sich eines kalten Dezemberabends, als sich sieben gut gelaunte junge Grüne auf den Weg in die mittelfränkische Metropole Nürnberg machten, um dort dem traditionellen Treffen der Deutschen Burschenschaften, dem „Thomasbummel“, Paroli zu bieten. Dort angekommen gingen sie, laut schepferische Dosen hinter sich herziehend, in Richtung Lorenzplatz. Sie wurden auch gleich jubelnd von der sich stetig im Kreis bewegendem Burschenschaftlermasse begrüßt. Mit Plakaten wie „Wir konservieren was schon lange nicht mehr haltbar ist“ und „Wir müssen leider draußen bleiben: Frauen, Ausländer, Zivis“ konfrontierten sie diese „Deutsche Elite“ und ließen sich anschließend auch auf heftige Streitgespräche mit einzelnen diskussionsbereiten Burschenschaftlern ein.

Man muss zugeben, dass einige Burschenschaften inzwi-



Die GJ Bamberg beim „Thomasbummel“ in Nürnberg

Foto: GJ

schen ein liberaleres Gesicht zeigen, was beispielsweise an den teilweise gelockerten Aufnahme Kriterien etwa in Hinblick auf Frauen oder Auslän-

der sichtbar wird. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Studentenverbindungen in ihrer Grundstruktur immer noch sehr konservativ auf-

gebaut sind. Durch einige Vorfälle in der jüngsten Vergangenheit ist die öffentliche Meinung gerade durch die besonders rechts gerichteten und teilweise rechtsextremen Verbindungen geprägt. Obwohl unsere Diskussionspartner prinzipiell eingestanden, dass sie diese Vorfälle nicht gut heißen, sehen sie keine Veranlassung, sich in der Öffentlichkeit – wie z.B. beim Thomasbummel – von den rechtsgerichteten Burschenschaften zu distanzieren.

Wir finden, dass durch dieses Vorgehen die Verbindungen selbst mit zu ihrem bei der Allgemeinheit vorhandenen Image beitragen. Daher fordern wir, eine konsequentere Distanzierung der gemäßigten gegenüber den extremen Vereinigungen, auch in der Öffentlichkeit, und eine Öffnung der Burschenschaften gegenüber bisher ausgeschlossenen Gesellschaftsgruppen – denn nur so können die Korporationen ihren Grundwerten, die sie offiziell vertreten, wie Freiheit und Freundschaft, in einer modernen Gesellschaft gerecht werden.

Und wenn sie nicht gestorben sind, drehen sie jetzt noch ihre Kreise...

Klein, aber aktiv: Die GHG

Beachtliche 11% für die wieder erstandene Grüne Hochschulgruppe bei den letzten Uni-Wahlen

Interessierte und engagierte Studentinnen und Studenten, die ihre Uni als Lebensraum begreifen. Die Universität als ein Ort, an dem man sich einmischt, etwas auf die Beine stellt und Veränderungen auslöst, ist sicher der seltene Idealfall. Aber ein Mindestmaß an studentischer Mitbestimmung ist an jeder Universität realisiert. Hochschulgruppen sind eines der Elemente, welches für studentisches Engagement steht, und verschiedenste Hochschulgruppen gibt es natürlich auch an der Uni Bamberg: Politische und unpolitische, große und kleine, aktive und solche, die quasi nur auf dem Papier bestehen.

Wir, die Grüne Hochschulgruppe (GHG), können uns mit gutem Recht zu den politischen Gruppen zählen. Allerdings sind wir mit unseren vier Mitgliedern wohl berechtigterweise als klein zu bezeichnen – dafür sind wir so aktiv wie eben möglich bei solch einer kleinen Gruppe. Doch was tun wir als GHG, abgesehen davon, dass wir uns ebenso als Mitglieder der Grünen Jugend Bamberg verstehen und diese gerne unterstützen – und uns von ihr unterstützen lassen?

Das aktuelle Semester hat eine wirkliche Neuerung gebracht: Wir sind zum ersten Mal seit einigen Jahren wieder zu den Hochschulwahlen angetreten – mit einer Liste für den Senat, das höchste Gremium einer Universität, dem immer auch zwei studentische Vertreter angehören. Wie viel Zeit genau

seit der letzten Wahl mit grüner Beteiligung verstrichen ist, wissen wohl nur unsere verstaubten Akten. Wir aktuellen Mitglieder können uns zumindest nicht mehr daran erinnern, und wir studieren alle schon seit einigen Semestern. Das Ergebnis war erfreulich, denn ganz chancenlos geschlagen geben mussten wir uns nicht. Mit gut 11% haben wir immerhin einen soliden Achtungserfolg errungen.

Wichtigstes Thema an der Uni ist momentan der Streit um das Semesterticket. Im Herbst hat eine Abstimmung über die Einführung eines Semestertickets in Bamberg stattgefunden. Dies wurde mehrheitlich abgelehnt. Seither gibt es Auseinandersetzungen mit dem Rektor, Prof. Dr. Godehard Ruppert, der sich trotz allem für die Einführung einsetzt und die Abstimmung mit recht harschen Worten für wenig aussagekräftig erklärt. Die GHG hat den anderen Hochschulgruppen vorgeschlagen, in einem offenen Brief – im Dezember von zwölf Gruppen unterzeichnet und univertem veröffentlicht – diese Haltung zurückzuweisen. Darüber hinaus hoffen wir natürlich immer auf neue motivierte Mitglieder, um uns weiteren Themen widmen zu können.

Mehr zu den Wahlergebnissen der Hochschulwahlen findet sich unter www.uni-bamberg.de, Informationen zum Semesterticket sowie der Briefverkehr zwischen Rektor und Studierenden sind unter www.my.feki.de veröffentlicht.

Wieder da: Grüne Hochschulgruppe und Grüne Jugend Bamberg



V.l.n.r.: Franziska Toni, Florian Amon, Thomas von Löffelholz, Fabian Rieger, Andreas Huber, Ruth Kamm, Judith Polterauer Foto: GJ

Nach einem Jahr relativer Ruhe sind die Grüne Jugend Bamberg und die Grüne Hochschulgruppe der Otto-Friedrich-Universität wiedererstartet und bereit für neue Taten. Bis zum Sommer 2001 waren wir ein ziemlich engagierter Haufen mit ca. zehn Mitgliedern in der 2001 neugegründeten GJ und zwei bis drei Leuten weniger in der eng mit ihr verbundenen GHG.

Dann kam allerdings der große Aderlass: Einige haben ihr Studium abgeschlossen – wie unserer früherer Multi-Aktivist und Sprecher Axel Nordmann – andere haben sich für ein einjähriges Auslandsstudium verabschiedet und die wenigen damaligen Schüler der GJ verabschiedeten sich bedauerlicherweise nach und nach, so dass nur noch zwei Leute (Studen-

ten) übrigblieben. Das schränkte natürlich den Aktionspielraum stark ein.

Zum Herbst 2002 sind wir nun wieder gewachsen. Die GHG zählt aktuell vier motivierte Mitglieder, Tendenz steigend; mit Neuzugängen „stehen wir in Verhandlungen“...

Die GJ besteht aus diesen vier Mitgliedern der GHG plus drei im Oktober zu uns gestoßenen

Nicht-Akademikern (bisher), die gerade in den Abiturvorbereitungen stehen oder ihren Zivildienst leisten.

Zwei von ihnen haben sich sofort bereit erklärt Verantwortung zu übernehmen und wurden im Januar dieses Jahres zu den neuen Sprechern der Grünen Jugend gewählt: Franziska Toni und Thomas von Löffelholz.

Kontakt:

- **zur Grünen Jugend:**
Franziska Toni – ftoni@web.de
Thomas von Loeffelholz – colby@gmx.ne
- **zur Grünen Hochschulgruppe:**
Ruth Kamm – ruth.kamm@web.de
Andreas Huber – dschulla@gmx.de
- **oder über das grüne Kreisbüro:**
Austr. 14, Tel./Fax 0951/22280

Krieg gegen Bagdad – Sicherheit für eine neue, schöne Welt?

Kaum ein Thema bewegt die Öffentlichkeit momentan so, wie ein möglicher zweiter Irakkrieg. Gibt es Chancen für eine friedliche Beilegung des Konflikts? Was sind die Alternativen zu einer gewaltsamen „Lösung“? Diesen und anderen Fragen wollen wir gemeinsam nachgehen.

Die Grüne Jugend lädt deshalb gemeinsam mit der Jungen Union, den Jusos, den Jungen Liberalen und Attac zu einer Podiumsdiskussion für Schülerinnen und Schüler ein. Sie findet am 27. Februar am Kaiser-Heinrich-Gymnasium an der Altenburger Straße unter dem Titel „Krieg gegen Bagdad – Sicherheit für eine neue, schöne Welt“ statt.

Interessierte Schülerinnen und Schüler sind herzlich eingeladen, mitzudiskutieren und sich selbst eine Meinung zum Thema zu bilden. Beginn der Veranstaltung ist um 19.00 Uhr.

Das „Bamberg“ hinter dem NATO-Zaun

Zugleich unzeitgemäß und doch hochaktuell, gleichermaßen altgewohnt und doch immer wieder verunsichernd – sie löst kein Gefühl der Normalität aus, die US-Army, die Bamberg zu einer der größten Garnisonsstädte Deutschlands macht. An die 8500 US-amerikanische StaatsbürgerInnen – SoldatInnen und ihre Familien – leben hier. Aber das „279th Base Support Battalion“ bildet eine kleine Stadt in der Stadt, schottet und grenzt sich ab, und wird zwangsläufig von den BambergerInnen als Fremdkörper wahrgenommen – nicht immer mit einem Lächeln.

Bei vielen hat es erst vor kurzem große Verärgerung ausgelöst, dass der US-Standort seinen Ausbau massiv auf Kosten des Naturschutzgebietes Hauptmoorwald betreibt. Da wird ein Einkaufszentrum gebaut, das allein von der Fläche her schon so groß ist wie das Bamberger Forum – aber einstöckig, so als könnte man in Oberfranken auf die ausge-

Aber der große Wirtschaftsmotor ist die Army trotzdem nicht. Aktuell beklagt sich die Kreishandwerkerschaft Bamberg darüber, dass bei oben genanntem Bauvorhaben die Bamberger Betriebe gerade nicht zum Zuge kommen werden, weil sie die Ausschreibungskriterien nicht erfüllen können. Ohnehin werden die meisten Bautätigkeiten in den War-

führte Produkte im Angebot, ebenso wie man in die Kasernen-Postkästen Briefe mit amerikanischem Porto einwerfen kann, und wie die amerikanische Bevölkerung noch bis vor zwei Jahren nur aus den Staaten importierte Kohle verfeuerte.

Es ist schlechterdings erklärtes Ziel der Standort-Spitze, in Bamberg ein kleines Amerika aufzubauen. Liest man die Ho-

ger City drehen. Darüber hinaus gehende Kontakte hinterlassen sogar ihre Spuren im städtischen Heirats- und Geburtenregister, sind aber doch eher die Ausnahme.

Verordnete Freundschaft

Auf offiziell-organisatorischer Ebene wird immerhin eine Begegnungs-Kultur gepflegt. Theateraufführungen gibt es im Stützpunkt und das deutsch-amerikanische Freundschaftsfest. Und ab und zu spielt die „Big Red One“-Band Swing und Jazz auch zur Freude deutscher Ohren. Doch wiederum ist es irgendwie bedrückend, dass Bühne und Volksfest eben auf Militärgelände stattfinden, mit Bewachung und Ausweiskontrolle – und dass die „Big Red One“ explizit als Militärkapelle ihre Musik macht.

So bekommen die BesucherInnen der Veranstaltung „Bamberg Partnerstädte musizieren“ neben dem Johann-Strauß-Ensemble aus Feldkirchen auch jene „Big Red One“-Band zu hören (als Vertreterin welcher Partnerstadt eigentlich?). Und im Begleitprogramm werden die Verdienste des Orchesters als Heeresmusikkorps seit 1943 gepriesen – angefangen bei der „Sturmung in der Normandie 1944“, über den Einsatz in Vietnam zur „musikalischen Unterhaltung“, bis hin zur Operation Desert Storm, wo die Band „erneut mit musikalischen Darbietungen erster Güte und großer Hingabe zum Einsatz kam“.

Eine Partnerstädte-Veranstaltung als Plattform für Kriegspropaganda? Angemessen ist das vermutlich aus Sicht einer US-Militäreinheit, die aktuell einen Angriffskrieg vorbereitet. Eher geschmacklos aus Sicht argloser Bürger und Bürgerinnen, die



Barrieren, Tore, Verbotsschilder ...

Fotos: Erich Weiß

dehnten Naturreserven in den Vereinigten Staaten zurückgreifen. Dass es sich um ein gesetzlich geschütztes Naturschutzgebiet handelt, scheint die verantwortlichen Army-Leute nicht sonderlich interessiert zu haben: Die Unterlagen, so beklagte das städtische Umweltamt, waren total lückenhaft, über flächenmäßige und qualitative Ausmaße der Natureingriffe gab es so gut wie keine Angaben.

Schließlich wurde mit den Rodungen auch noch begonnen, ohne dass die nötige naturschutzrechtliche Genehmigung des bayerischen Umweltministeriums vorlag. Aber die wird nachgereicht – kein Zweifel – die alten Besatzungsmechanismen funktionieren noch. Wenn „die Amis“ was wollen, dann steht man hierzulande stramm und hält die Luft an. Normalität zwischen zwei souveränen, befreundeten und verbündeten Staaten?

US-Army als Wirtschaftsfaktor

Da wird oft von höheren Politikebenen (zuletzt der OB) darauf hingewiesen, dass der US-Standort die Bamberger Wirtschaftskraft beträchtlich stützt. Doch was ist dran an dieser Behauptung? Zugegeben, ca. 400 deutsche Beschäftigte haben ihren Arbeitsplatz in dem „Stadtgebiet“, das Normalsterbliche nicht betreten dürfen. Auch die Bamberger Taxi-FahrerInnen wissen die amerikanischen GIs als Kunden zu schätzen, und in der einen oder anderen Disko wären ohne sie die Barhocker und Tanzflächen ziemlich leer.

ner-Barracks von US-eigenen Bauptrupps erledigt – finanziell ohne jede Berührung mit der Bamberger Wirtschaft oder der Bamberger Steuerkasse. Was den Wirtschaftsstandort angeht, müsste man das US-Areal sogar eher als Hemmschuh ansehen, weil es wertvolle Entwicklungsfelder für Gewerbe im Osten der Stadt blockiert. Man erinnere sich nur an die jammervollen Wehklagen der Stadtspitze und des OB über Bambergs Mangel an Gewerbeflächen.

mepage des hiesigen Standorts, findet man von der oberfränkischen Stadt mit ihren 70.000 EinwohnerInnen keine Silbe. „Bamberg“ ist lediglich das Synonym für den US-Standort, nicht für das Drumherum, und wird stolz mit dem Titel „community of excellence“ angepriesen.

Freilich gab und gibt es hier und da Berührungspunkte über den Stacheldrahtzaun hinweg: der Amerikaner Jim Wade hat in der Kennedy-Halle auf US-



... irgendwie sind sie Kennzeichen für das Verhältnis zwischen Deutschen und AmerikanerInnen.

Nur eigene Produkte

Die US-SoldatInnen leben mit ihren Familien zumeist in eigenen „housing areas“, es gibt eine eigene Schule und einen eigenen Kindergarten, alles streng bewacht und umgeben von NATO-Zaun mit Stacheldraht. In ihren Supermärkten sind ausschließlich aus den USA einge-

Gelände unter dem Jubel der Bamberger Sportfans Basketball-Geschichte geschrieben. Alt-68er schwärmen noch heute davon, dass man kaum leichter an Hasch und Marihuana kam als über gute „Ami-Relationships“. Und an die laschen Sandwiches von Substop hat man sich ebenso gewöhnt wie an die GI-Gruppen, die ihre morgendlichen Jogging-Runden durch die Bamber-

sich auf eine Musikveranstaltung freuen.

Viele Relikte sind übrig geblieben aus der Besatzungszeit nach 1945 – sie sind historisch nachvollziehbar und teilweise auch verständlich. Dass sich all das bis heute so starr halten konnte, hat aber einen bitteren Beigeschmack und erinnert daran, dass das alles doch irgendwie nicht „normal“ sein kann.



Mitten in der Austraße

Inh.: Katharina Müllerschön
Lieferservice: 0951 / 50 99 3 99

neigez

Wer hoch steigt, kann tief fallen

Jung, dynamisch, innovativ, integrierend, „Der Mann der Stunde“ – was wurde ihm nicht alles nachgesagt?! Aus dem politischen Nichts aufgestiegen wie einst Phönix aus der Asche.

Als Gallionsfigur sollte er die uneinigen CSU-Reihen auf gemeinsamen Kurs bringen und wurde in Kürze zum Überraschungs-Kreisvorsitzenden gekürt. Als dynamischer Unternehmer sollte er neue Konzepte für den Standort Bamberg entwickeln. Als junger moderner Kandidat sollte er die CSU für Junge und Junggebliebene wählbar machen und bei den Kommunalwahlen 2002 die absolute Stadtratsmehrheit wiederbeschaffen.

Wurde in der CSU über mögliche Anwerber für höhere Posten geredet – sei es das Bundestagsmandat, sei es der OB-Sessel – war sein Name in aller Munde. Selbst der FT-Haus-und-Hofredakteur wurde euphorisch, bejubelte tagtäglich die Vorzüge des Herrn und pries den erfrischenden durchs CSU-Lager wehenden Wind.

Welche Steilkarriere bahnte sich da an...

– Und brach sogleich in sich zusammen.

Kaum gekürt, schon ausgebremst: Nach der Wahl darf der Posten des Fraktionsvorsitzenden nicht sein Hauptzieren. Die junge und die alte Opposition in der Partei zeigt plötzlich die Zähne.

Kaum geplant, schon abgeblitzt: Die einst gewünschte Kreativität wird nicht unterstützt, sein Erneuerungskonzept für den Stadthaushalt kann der Mann der Moderne wieder einstecken.

Kaum eingefädelt, schon verloren: Der oberfränkische Minister kommt als Landtagskandidat in Bamberg nicht zum Zug. Alte Seilschaften halten. Die Runderneuerung scheitert an mangelnder Anhängerschaft in der Partei. Was bleibt: Ein beschnittener Hoffnungsträger, hoffnungslos im Nichts versunken – und eine Episode, an die sich die CSU bald nur noch vage erinnern wird, wie ein belehrter Trunkenbold nach allzu ausschweifenden Aktivitäten.

P.F.

Alles lecker -
alles bio -
alles frisch!
Naturkost aus dem
Fachgeschäft
der Innenstadt.

Biokost
mit Natur!
Endres

Schützenstraße 1A · 96047 Bamberg
tel. 09 51 / 20 18 13 · fax 20 19 12
e-mail: biokost@bioendres.de

Bio isst
einfach besser!
Leckere, biologische,
frische Lebensmittel
aus dem Fachmarkt.

Biomarkt
mit Natur!
Endres

Moosstraße 97 · 96050 Bamberg
tel. 09 51 / 917 60 68 · fax 917 60 69
e-mail: markt@bioendres.de

Ladenöffnungszeiten: Kann es einen Königsweg geben?

Einkaufen gehen, wann ich will – das ist doch schön und in anderen Ländern gang und gäbe. Sagen die einen. Unser Feierabend steht auf dem Spiel, vielleicht sogar der „heilige“ Sonntag, und einen Euro kann ich ja doch nur einmal ausgeben. Sagen die anderen. Doch vielleicht gibt es jenseits von Entweder-Oder-Standpunkten auch Vorschläge, die vor Ort Kompromisse tragen und für alle akzeptabel sind. Ein Lösungsvorschlag.

Wenn es um die Öffnungszeiten der Läden bzw. deren Verlängerung geht, dann scheint es keinen Königsweg zu geben. Befürworter und Gegner einer „Li-

Debatte um die Ladenöffnungszeiten eine Rolle spielen, vielfältig und widersprüchlich. Manche – beileibe nicht alle – Einzelhändler erhoffen sich vom „Auf-

Die Gewerkschaften warnen dagegen vor zusätzlichen Belastungen für die Beschäftigten und befürchten einen verschärften Verdrängungswettbewerb. Die Skeptiker verweisen wohl mit einigem Recht darauf, dass von einer Liberalisierung vornehmlich die Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ und einige Filialisten in den Innenstädten profitieren würden. Auf der Strecke bleiben dann die – wenigen – noch unabhängigen Einzelhändler und die Läden in den Stadtteilzentren. Ob den Kundinnen und Kunden, bekanntlich König im Einzelhandel, mit

Montag	von	9.30	bis	18.30	Uhr
Dienstag	von	9.30	bis	18.30	Uhr
Mittwoch	von	9.30	bis	18.30	Uhr
Donnerstag	von	9.30	bis	18.30	Uhr
Freitag	von	9.30	bis	18.30	Uhr
Samstag	von	9.00	bis	15.00	Uhr

Fotos: Erich Weiß

MONTAG	9:00 bis 19:00
DIENSTAG	9:00 bis 19:00
MITTWOCH	9:00 bis 19:00
DONNERSTAG	9:00 bis 19:00
FREITAG	9:00 bis 19:00
SAMSTAG	9:00 bis 16:00

beralisierung“ stehen sich unversöhnlich gegenüber. Die alljährlichen, schon fast rituell anmutenden Debatten im Bamberger Stadtrat über die verkaufsoffenen Sonntage sind dafür ein Beleg von vielen.

Tatsächlich sind die Interessen und Bedürfnisse, die in der

brechen verkrusteter Strukturen“ und neu gewonnener unternehmerischer Freiheit bessere Geschäfte. Und die Innenstädte könnte man auf diese Weise auch wieder attraktiver machen, das sagt nicht nur Bambergers City-Manager, sondern auch der Deutsche Städtetag.

Der beschriebene Konflikt wird sich weder mit dem starren

einer solchen Entwicklung letztlich gedient wäre, bleibt zu bezweifeln. Aber eben diese Kund/inn/en wünschen sich – wie man aus allen Umfragen weiß – eine solche Verlängerung ihrer zeitlichen Einkaufsmöglichkeiten.

Der beschriebene Konflikt wird sich weder mit dem starren

Festhalten an den herkömmlichen Regelungen noch mit einer einfachen „Freigabe“ der Ladenöffnungszeiten lösen lassen. Ein Weg abseits ausgetretener Pfade und traditioneller Frontstellungen könnte so aussehen:

1. Auf der Bundesebene sollte der Gesetzgeber – statt eine verbindliche Regelung vorzugeben – lieber Abweichungen von den Vorschriften des Gesetzes erlauben. Denkbar wäre zudem, dass der Bundesgesetzgeber einige struktur- bzw. gesellschaftspolitische begründbare Vorgaben „einbaut“, die nicht zur Disposition stehen. Solche Vorgaben könnten sich beziehen

• auf die „Sonntagsruhe“, die generell nicht oder nur für eine

bestimmte Anzahl von Tagen aufgehoben werden darf,

• auf die Möglichkeit, zwischen Standorten auf der grünen Wiese, in der Innenstadt oder in Stadtteilzentren zu unterscheiden und hierfür unterschiedliche Öffnungszeiten vorzusehen.

2. Der Clou: Diese Abweichungen dürften nur dann ausgenutzt werden, wenn sie vor Ort auf einem Konsens beruhen, der zwischen den städtischen Interessengruppen ausgehandelt worden ist. Statt sich an der starren Frontstellung „Liberalisierung“ versus „Beibehaltung“ des Ladenschlusses festzuhalten, müssten die Akteure vor Ort nach einer für sie passenden

Lösung suchen.

Kurz und knapp zusammengefasst: Ein solches Bundesgesetz würde flexiblere Lösungen erlauben, wenn alle Beteiligten sich darüber einig sind. Ein im

Montag - Freitag	9:00 - 19:00
Samstag	9:00 - 16:00

besten Sinne „moderner“ Weg, der auf die Kräfte der Zivilgesellschaft setzt. Sich dafür stark zu machen wäre mal wirklich eine Aufgabe für einen City-Manager. Herr Pruschwitz, übernehmen Sie!

Die Ökosteuer wirkt

Arbeitslosenzahlen, Finanzquerelen und Gesundheitspolitik haben die Ökosteuer zwar aus den Schlagzeilen verdrängt, aber sie wirkt – im Verborgenen

Absicherung der Rentenbeiträge

Seit Jahresbeginn ist die fünfte Stufe der Ökosteuer in Kraft und bewirkt wie schon in den

Aufkommen der Ökosteuer beträgt im Jahr 2003 rund 17 Milliarden Euro – um diesen Betrag werden die Rentenkassen entlastet. Obwohl der Beitrag für die Rentenversicherung aktuell

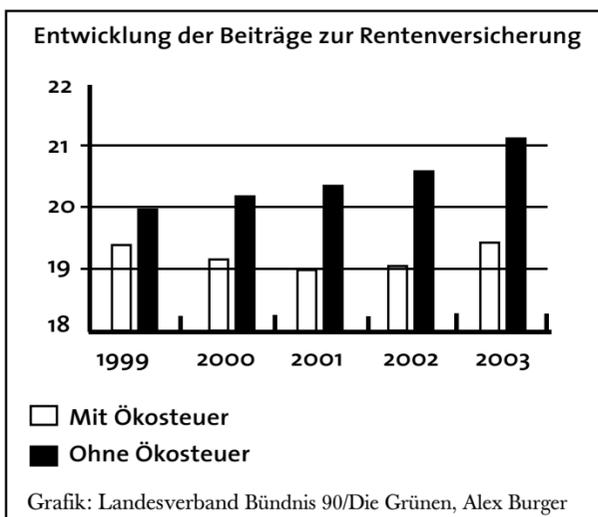
Einführung der Riester-Rente war ein wichtiger Schritt. Weitere müssen folgen.

Weniger Schadstoffe

Die Ökosteuer sorgt auch für einen niedrigeren Energieverbrauch und für weniger Schadstoffe. 2000 und 2001 wurde zum ersten Mal in zwei aufeinander folgenden Jahren weniger Benzin und Diesel in Deutschland verbraucht. Dadurch sinkt auch der Ausstoß von Kohlendioxid, das für die Klimaveränderungen und deren Folgen wie Stürme und Flutkatastrophen verantwortlich ist.

Mehr Gerechtigkeit

Die Kosten der deutschen Einheit wurden und werden zu einem großen Teil über die Rentenversicherung finanziert, in die alle Arbeitnehmer, nicht aber Selbständige und Beamte einzahlen müssen. Durch die Ökosteuer werden alle an den höheren Kosten der Rentenkasse beteiligt, nicht nur die Arbeitnehmer. Das schafft mehr Gerechtigkeit.



Jahren 1999 bis 2002 eine leichte Anhebung: um 3,07 Cent pro Liter bei der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe und um 0,26 Cent pro Kilowattstunde bei der Stromsteuer. Das gesamte

auf 19,5% gestiegen ist, würde er ohne die Ökosteuer noch wesentlich höher liegen, nämlich bei 21,2%. Ein Ersatz für die Reform der Alterssicherung ist die Ökosteuer freilich nicht. Die

GEORG LUNZ
Malermeister & Baubiologe
Handwerksbetrieb für gesundes Bauen & Wohnen

Wir verarbeiten ökologische Farben & Putze, Dämmstoffe, Wand & Bodenbeläge

Alte Kreisstraße 20
96123 Litzendorf/Naisa
Fon: 09505/6173
Fax: 09505/95 01 33

Wir bringen's für Sie!
Biotkost aus dem Fachmarkt direkt zu Ihnen nach Hause.

Bio auf Tour
Lieferservice ab **Endres**

Moosstraße 97 - 96050 Bamberg
tel. 09 51 / 917 60 70 - fax 917 60 69
e-mail tour@bioendres.de

Ihr Spezialist für regenerative Energie!

Ebitsch Solartechnik

Solaranlagen?
Photovoltaik?

Horst Ebitsch
Bamberger Str. 50
96199 Zopflendorf
Tel.: 09547/8588
Fax: 09547/7643

www.ebitsch-solartechnik.de

Pelletheizung - Luftkollektoren - Blockheizkraftwerke - Windkraft

Nachrichten aus der GAL



Foto: Erich Weiß

Von links nach rechts: Petra Friedrich, Dr. Cornelia Waldmann-Selsam, Judith Polteraue

DREI STARKE FRAUEN

Die Wahl von Ursula Sowa in den Bundestag hat einiges bei der GAL in Bewegung gebracht. Im Stadtrat rückte für die seit 12 Jahren amtierende GALerin im November **Dr. Cornelia Waldmann-Selsam** nach. Die 52jährige praktische Ärztin hat zwei Kinder und ist seit Jahren vor allem in der Umweltbewegung und im Bund Naturschutz sehr engagiert. Vor kurzem hat sie mit ihrer Familie ein selbst konzipiertes Passivhaus in Bug bezogen. Ein energietechnisches Phänomen, denn das Haus soll selbst mehr Energie produzieren als die Familie Waldmann-Selsam verbraucht. Und über ein spezielles Lüftungsgerät mit Wärmerückgewinnung wird auch die nötige Heizwärme mit geringstem Energiebedarf erzeugt. Ein Stück gelebte Energiepolitik.

Den Fraktionsvorsitz übernahm ab November

Petra Friedrich, die bereits seit 1999 die GAL im Stadtrat vertritt. Die selbständige Bauzeichnerin und Denkmalspflegerin ist 46 Jahre alt, hat zwei Kinder und ist neben der Kommunalpolitik auch in anderen Bereichen aktiv, so z.B. als Mitglied im Kirchenvorstand der Erlöserkirche und als stellvertretende Dekanatsfrauenbeauftragte.

Nachfolgerin von Dr. Cornelia Waldmann-Selsam im GAL-Vorstand wurde die 26-jährige Studentin **Judith Polteraue**. Die gebürtige Erlangerin lebt seit sechs Jahren in Bamberg und studiert hier Soziologie. Zu Bündnis 90/Die Grünen kam sie nach ihrem Praktikum bei der Enquetekommission „Zukunft der bürgerschaftlichen Engagements“ in Berlin. Sie ist Ersatzdelegierte der bayerischen Grünen im Länderrat (dem obersten beschlussfassenden Gremium auf Bundesebene zwischen den Bundesparteitagen) und engagiert sich bei der Grünen Jugend Bamberg.

impresum

Die 99Z wird von der Redaktionsgruppe der Grün-Alternativen Liste Bamberg gestaltet:
Andreas Becker, Petra Friedrich, Fabian Rieger, Dr. Gerd Rudel, Sylvia Schaible

Verantwortliche Redakteurin (auch für Anzeigen):
Sylvia Schaible, Grüner Markt 7, 96047 Bamberg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Florian Amon, Peter Gack, Andreas Huber, Ruth Kamm, Ursula Sowa

Fotos:
Dietlinde Schunk-Assenmacher, Erich Weiß, GJ Bamberg

Gestaltung und Satz:
Erich Weiß Verlag, Bamberg

Druck:
Obermain Tagblatt, Lichtenfels

Herausgeber:
Bündnis 90/Die Grünen/
Alternative Liste, Kreisverband Bamberg-Stadt

Auflage: 12.000

Nr. 60 / Februar 2003

**KOPIER-DRUCK
LADEN**

(im COPY SHOP) Fischstr. 8
96047 Bamberg Tel. 09 51 / 9 82 12-0
8.00 - 19.00 offen!

NEU!
**Computercenter mit
5 Kunden-PC's**

**Scan und Druck
farbig und s/w
in jeder Größe!**

Termine

Samstag, 15. Februar:

Kundgebung gegen den Irak-Krieg in Berlin; gemeinsame Busfahrt von Bamberg aus, Verant.: „Bamberger Bürger/innen für den Frieden“; Karten 15 Euro im Fundevogel (Austraße)

Samstag, 15. Februar:

Antikriegsinfostand der GAL in der Bamberger Fußgängerzone, 10 - 14 Uhr

Donnerstag,

20. Februar, 19.30 Uhr: „GLOBALISIERUNG. Was habe ich damit zu tun?“ Vortrag von Toni Hofreiter (Botaniker, Naturschützer), Veranstalter: Bund Naturschutz, Brauerei Kraus Hirschaid

Donnerstag,

20. Februar, 19.30 Uhr: öffentliches GAL-Plenum, Thema: Irak, Wilde Rose (Nz.), Kefßlerstraße

Mittwoch,

26. Februar, 19:30 Uhr: Strategietreffen „Mobilfunk Elektrosmog“, Verant.: Bund Naturschutz, Gemeinschaftsraum Cherbönhof, Tarvisstr. 3

Mittwoch,

26. Februar, 10-12 und 14-16 Uhr: BürgerInnensprechstunde bei MdB Ursula Sowa, Voranmeldung unter Tel. 51935732

Donnerstag,

27. Februar, 19 Uhr: Podiumsdiskussion für SchülerInnen, „Krieg gegen Bagdad - Sicherheit für eine neue schöne Welt?“, Kaiser-Heinrich-Gymnasium, siehe Kasten S. 5

6. und 8. März:

Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag (Näheres Tagespresse)

Samstag,

17. Mai, 19 Uhr: 10jähriges Bestehen des Vierrether Kuckucks-Ei e.V., Feier in der Gaststätte „Mainlust“ in Viereth

99Zeuse

was Sie im FT nicht lesen können

Klinikum im Visier von Terroristen?

Die um sich greifende Panikmache und Terrorphobie hat offenbar auch den Leiter des Klinikums Werner Lossa erfasst und ihm vermutlich lange Nächte zwischen Schlaflosigkeit und Alpträumen beschert - in Sorge um sein knallblaues Krankenhaus.

Aber nun kam ihm die deutsche Versicherungswirtschaft zu Hilfe. Im vergangenen Herbst gründeten 16 führende Unternehmen eine neue Spezialversicherung, die endlich eine nach dem 11.9.2001 entstandene Versicherungslücke schließt. Passenderweise hat man das Ganze „Extremus

AG“ genannt und beschäftigt einen Vorstandssprecher mit Namen Bruno Gas. Einfach vielversprechend!

Und bei Extremus wird nun auch das Klinikum Bamberg gegen Handlungen, „die Angst und Schrecken verbreiten sollen“, versichert. Sollten Terrorakte die romantische Stimmung am Bruderwald stören, springt Extremus in die Bresche.

Mit welchen Terrorakten hierzulande denn überhaupt zu rechnen sei, fragte die Wochenzeitschrift Spieckel den schon erwähnten Vorstandssprecher Bruno Gas in

einem Interview. Seine bestechend ehrliche Antwort: „Damit haben wir überhaupt keine Erfahrung.“ Und auf die Frage, wie die Versicherung denn ihre Kalkulation anstelle, folgende klare Auskunft: „Faktisch ist eine exakte Prämienermittlung unmöglich, wir schießen da ins Dunkle.“ Ein wirklich vertrauenswürdiger Mann.

Das Klinikum jedenfalls muss 15.000 Euro jährlich für die neue Terrorismusversicherung hinblättern - und trotzdem hoffen, das niemand ins „Blaue“ schießt.

Azubis unpfleglich behandelt

Wie man im Klinikum mit Auszubildenden umgeht, hat nichts mehr mit Verantwortung und Fürsorgepflicht zu tun. Da wurde aus Finanzgründen bei den Haushaltsberatungen der komplette Aprilkurs der Krankenpflegeschule gestrichen - gegen den Protest der GAL. Und das, obwohl bereits 26 junge Leute Ausbildungsverträge mit dem Kli-

nikum unterzeichnet hatten, sich auf einen sicheren Ausbildungsplatz freuten, und natürlich auch ihre Lebensplanung darauf eingestellt hatten.

Sie könnten sich ja für den im Oktober beginnenden Kurs anmelden, hieß es lapidar in der Klinikumsleitung. Und für das dazwischenliegende halbe Jahr würde den abgewiesenen PflegeschülerInnen halt ein Prakti-

kumsplatz angeboten.

Doch nicht mal das ist geschehen: Lediglich 11 der 26 KursteilnehmerInnen bekamen ein Schreiben mit diesem Angebot, nämlich nur die in Bamberg und Umgebung Beheimateten. Gegenüber den übrigen jungen Leuten, die von weiter her kommen, fühlt sich die Stadt offenbar gar nicht in der Pflicht.

Freche Lügen im Rathaus

Dumm gelaufen. Schon dass man beim Sanierungsplan für das E.T.A.-Hoffmann-Theater die Anschaffung einer neuen Audio-Video-Anlage schlichtweg vergessen hat, war ein grober Fehler der Verantwortlichen. Folge: Es musste nachfinanziert werden: Statt der erwarteten 750.000 DM (!) kostet die Tontechnik jetzt 920.000 Euro (!), also weit mehr als doppelt so viel.

Bei den Haushaltsberatungen stellte der Stadtrat also gezwungenermaßen zusätzliche Mittel bereit. Allerdings wurde von Seiten der Stadtspitze zugesichert, dass beträchtliche Zuschüsse von der Oberfranken-Stiftung und vom Theater-

verein diese Mehrkosten fast völlig decken würden.

Doch bald stellte sich heraus, dass es mit diesem Zuschuss-Segen nichts wird. Weil nämlich der Theaterverein selbst schon von der Oberfrankenstiftung gesponsort wird, liefe das auf eine „Doppelförderung“ hinaus - und solches Finanzgebaren wird von der oberfränkischen Bezirksregierung grundsätzlich nicht genehmigt.

Da drängt sich der Verdacht auf, in der Stadtspitze habe man von diesem Hemmnis schon vor den Haushaltsberatungen Kenntnis gehabt und den Stadtrat folglich bewusst getäuscht.

Und nochmal dumm gelaufen: Kurz darauf taucht in der Sitzung des Theaterkuratoriums ein Bericht aus dem Baureferat auf, in dem genau das Problem mit der Doppelförderung erläutert wird. Das Pikante: Der Bericht aus dem Baureferat datiert von zwei Wochen vor den Haushaltsberatungen.

Ergebnis: Die finanzgebeutelte Stadt weiß nun, dass sie unerwartete Mehrkosten von 266.000 Euro doch selbst aufbringen muss. Und die StadträtInnen können davon ausgehen, dass ihnen die gesamte Referentenbank, einschließlich OB Lauer und Bürgermeister Hipelius, frech ins Gesicht gelogen hat.

Parkplatzsegen für Hotelinvestor

Manchmal kann die Stadt richtig großzügig sein. Besonders wenn es um finanzkräftige Investoren und Parkplätze geht. So auch beim neuen Hotel an der Konzert- und Kongresshalle.

Wer ein Hotel mit Übernachtungsmöglichkeit baut, muss eigene Stellplätze nachweisen. Laut Bamberger Stellplatzsatzung wären das bei dem geplanten Hotel mit 340 Betten 170 Parkplätze. Aber mit Hinweis auf die öffentlich nutzbare Konzerthallen-Tiefgarage, reduzierte man die Anzahl auf 83. Vertretbar, denn die Stadt ist ja durchaus dar-

an interessiert, dass die von ihr finanzierte Tiefgarage ausgelastet ist.

Von den 83 nachzuweisenden eigenen Stellplätzen lässt der Hotelinvestor 39 tatsächlich anlegen. Direkt über der Tiefgarage - denn dort ist dafür noch Platz. Diesen Platz hätte zwar auch die Stadt nutzen können, um ihrer Stellplatznachweispflicht für die Konzerthalle nachzukommen. Aber man hat die Parkplätze lieber unter der Erde gebaut - fünf mal so teuer wie oberirdisch - und dem künftigen Hotelbauer dieses Schnäppchen gegönnt.

Die restlichen 44 Stellplätze kann der Hotelinvestor selbst nicht nachweisen und müsste sie deshalb gegen Geld ablösen. Aber auch da ist die Stadt großzügig: Solange die Hotelgäste schön brav die Tiefgarage mitnutzen und dort Parkgebühren zahlen, wird dem Hotelinvestor der Ablösebeitrag von 6.500 Euro pro Platz „zinslos gestundet“. Das läuft faktisch auf „geschenkt“ hinaus. Und das, wo der miserable städtische Haushalt auf jeden Cent angewiesen ist!

Da behauptet nochmal einer, die Stadt wäre nicht investorenfreundlich.